

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.90 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— M., für 1 Monat 2.— M. (Westgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 098.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Zeile 50 Pfg. und 40% Steuerzuschlag = 70 Pfg. Beleg. bei Plagvorfrist 55 Pfg. und 40% Steuerzuschlag = 77 Pfg. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein Blutbad in Berlin!

Unternehmerknechte.

Gewehrfalven und Handgranaten gegen wehrlose Massen.

Berlin, 2. Oktober.

Für heute vormittag hatte, wie berichtet, die Fünfgewerkschaftskommission 30 Versammlungen einberufen, um Stellung zu nehmen zum Metallarbeiterstreik. Die Regierung hat diese Gelegenheit benützt, um ihre unternehmerfreundliche Seele zu enthüllen. Sie hat gestern abend eine Veröffentlichung ergehen lassen, in der sie den Lohnstreik der Metallarbeiter als politischen Streik hinzustellen suchte. Ihre Spitzel arbeiten mit aller Kraft, um einen politischen Streik aus dem wirtschaftlichen zu inszenieren — aber vergebens. Nun sollte die Gelegenheit benützt werden, um der Regierung eine Situation zu schaffen, in der sie eingreifen konnte, ohne direkt als Handlanger des Unternehmertums zu erscheinen.

Der Polizeipräsident Ernst verbot die Versammlungen. Zugunsten des Unternehmertums sollte die Koalitionsfreiheit der Arbeiter abgemindert werden. Da es sich um Gewerkschaftsversammlungen handelte, war das Verbot vollständig ungesetzlich. Nichtsdestoweniger reichte die neue Polizeitruppe gegen die Arbeiter aus, um dem Verbot Geltung zu verschaffen. Sie hat zu dem Gesetzesbruch des Versammlungsverbots einen eklatanten Verfassungsbruch hinzugefügt, und in mörderischer Weise Arbeiterleben vernichtet.

In den Pharusälen des Ostens leitete Genosse Brühl, Mitglied der Nationalversammlung, der selbst Metallarbeiter und Metallarbeiterfunktionär ist, die Versammlung. Kurz nach Beginn erschien ein Polizeihauptmann namens Kessler mit Mannschaften. Er erklärte, er habe Auftrag vom Polizeipräsidenten Ernst, die Versammlung aufzulösen und Leiter und Referent zu verhaften. Genosse Brühl verwies ihn auf das Ungesetzliche der Versammlungsauflösung, und auf die Tatsache, daß seine Verhaftung einen eklatanten Verfassungsbruch darstellen würde, da Abgeordnete nur verhaftet werden können, wenn sie bei Verbrechen auf frischer Tat erwischt werden. Trotzdem bestand die Polizei auf der Versammlungsauflösung und der Verhaftung Brühls. (!)

Genosse Brühl wurde dann von 1/2 12 Uhr bis 1/4 1 Uhr auf einem Lastauto festgehalten. Nur mit Mühe konnte er die Menge bewegen, nicht gegen die Polizei vorzugehen. Schließlich wurde er mit andern Verhafteten auf dem Lastauto zum Polizeipräsidium transportiert, wo er von einem Polizeikommissar vernommen wurde. Jetzt schien es dem Polizeihauptmann Kessler schwind zu werden. Er wollte ableugnen, daß Brühl sich als Abgeordneter legitimiert habe. Schließlich wurde ein Protokoll aufgenommen, in dem auf Verlangen Brühls ausdrücklich festgestellt werden mußte, daß er

unter Bruch der Verfassung verhaftet

und an der Ausübung seines Mandats verhindert worden sei. Gegen 1/2 6 Uhr wurde Genosse Brühl schließlich freigelassen.

Auf dem Wedding führte die Provokation der Arbeiterschaft durch die Polizeitruppen zu Blutvergießen. Als die Versammlung in den Pharusälen, die von etwa 3000 Deuten besucht war, aufgelöst und die dort verhafteten Versammlungsleiter und Beisitzer abgeführt wurden, machte sich der Unwille der Menge in kräftigen Verwünschungen gegen die Polizeitruppe Luft. Es schien auf eine Provokation der Massen geradezu abgesehen. Schon vor den Pharusälen feuerte ein Soldat der Polizeitruppe ohne jeden Anlaß sein Gewehr ab. Als dann aus der Menge eine Konservendbüchse (!) gegen die Truppe geworfen wurde, ließ ihr Führer in die Menge Salven abgeben und Handgranaten werfen. Dabei wurden

ein Arbeiter getötet und 14 Personen schwer verwundet.

Die Regierung hat also ihren Willen gehabt. Es ist abermals Arbeiterblut geflossen — zum Schutze des Profits der Metallindustriellen. Das Bündnis zwischen den rechtssozialistischen Unternehmerknechten und den Unternehmern ist mit Arbeiterblut besiegelt worden.

Mein der Plan der Regierung ist nicht gegliedert. Sie wollte jetzt die Arbeiter in Verzweiflung und Empörung vor die Maschinengewehre treiben, weil sie vor der Zukunft zittert. Daher der brennende Wunsch, den wirtschaftlichen Streik zum politischen Angriffstreik werden zu lassen. Die

Arbeiter freilich haben die Absicht durchschaut. Sie haben sich in ihrer Gesamtheit nicht provozieren lassen. Sie wissen, daß die Zeit für sie arbeitet, und daß die Furcht und die Provokationswut der Unternehmerknechte der Beweis dafür ist, daß die Zukunft ihnen gehören wird.

Zu den Vorgängen meldet uns noch ein eigener Drahtbericht:

Die Freiheit wirft dem Minister Schlieke, der den Anschein erweckt hatte, als wenn er die Gewerkschaftsversammlungen bei der Regierung durchgesehen hätte, zweideutige Haltung vor, weil er jetzt seine Zusage an den Metallarbeiterverband abstreift, sich für die Aufhebung der Versammlungsverbote einzusetzen. Nach der Volkszeitung hat Schlieke übrigens in der Regierungskonferenz versucht, eine Zurücknahme der Versammlungsverbote zu erzielen, jedoch ohne Erfolg. Die Freiheit schreibt daraus, daß die amtlichen Stellen unter allen Umständen die Wachtprobe zum Austrag bringen wollten.

Charakteristisch ist, daß in einer der Versammlungen ein Lodspiegel entlarvt

wurde. In den Pharusälen machte sich ein Zivilist durch fortwährende aufheben Rufe gegen die Polizei bemerkbar. Man bemerkte bei ihm eine Browningpistole und fand dabei bei näherer Untersuchung auch einen Ausweis der Sicherheitspolizei (!) in seinem Besitz, nach dem er ein Wachtmeister im Dienste des Polizeipräsidiums war.

Eine große Anzahl von Funktionären wurde verhaftet. Wie es heißt, soll die Staatsanwaltschaft die Erledigung der Anklage gegen den Kriegsgesicht (!) übergeben haben. Die Freiheit erklärt das mit Recht für einen unerhörten Streich. Soweit ein Vergehen überhaupt vorläge, könne nur die Nichtanmeldung der Versammlungen in Betracht kommen. Eine Verweisung an das Kriegsgericht würde eine Strafverfolgung wegen Aufruhrs, Friedensbruchs oder eines ähnlichen Delikts bedeuten.

Bürgerliche Darstellung des Moskoblutbades.

Der Leipziger Volksanwähler, die neuesten Nachrichten, gibt die folgende Darstellung des blutigen Verfalls: Schmäher auf Rufe und den Polizeipräsidenten wurden laut, an denen sich auch Frauen beteiligten. Plötzlich warf einer der Tumultuanten eine Konservendbüchse zwischen die Truppen, von der einer der Sicherheitspolizisten getroffen wurde. Rummeln machten die Truppen auf Befehl ihres Führers Halt und brachten die Gewehre in Anschlag. Während der größte Teil der Versammelten fluchtartig auseinanderlief, suchten andere die Gefangenen zu befreien. Am gleichen Augenblick knatterte eine Salve, und mehrere Personen stürzten blutend nieder. Die große Mehrzahl stürzte in benachbarte Häuser. Die Ladeninhaber ließen die Rolläden herunter. Nach einigen Minuten gab die Polizeitruppe eine zweite Salve ab, und wieder stürzten mehrere Personen zu Boden. Ein Mann, der einen Schuh in den Rücken erhielt, wurde tot vom Plage getragen. Die andern erlitten schwere Verletzungen und wurden nach der Unfallstelle gebracht. Die Verletzten flüchteten. Die Menge räumte nunmehr die Mitterstraße.

Die Polizeigruppe — verkappte Moskobliden — haben den Wurf einer Konservendbüchse zum Anlaß zweier Gewehrfalven auf Unbeteiligte genommen. Ein neues Dokument der Schande der Regierung und ihrer Stützen.

Die Regierung entschuldigt sich mit — Lodspiegelarbeit.

Kuntlich läßt die Regierung folgendes verbreiten: „Bei den Straßenversammlungen, die sich nach der Auflösung der Arbeiterversammlungen bildeten, wurde ein vom kommunistischen Komitee zur Förderung der Diktatur des Proletariats herangezogenes Blatt vertrieben, in dem die Arbeiterschaft zum blutigen Bürgerkrieg aufgefordert wird. Es wird dadurch bewiesen, daß es sich bei der jetzigen Streikbewegung nur um eine Maskierung der kommunistischen Ziele handelt.“

Die Persiflage der Regierungskreise ist nicht zu überbieten. So wird der Arbeiterpogrom zu entschuldigen versucht. Ausdrücklich steht fest, daß selbst rechtssozialistische Kreise zugaben, die Metallarbeiterbewegung habe nur mit Lohn fragen zu tun. Die Regierung stampelt jedoch in durchsichtiger Absicht die Streikbewegung zu einem Kommunistenputsch, der, wie es die Enttarnung des Lodspiegels in einer Berliner Metallarbeiterversammlung bewies, nur der Phantastik eines von der Regierung ausgehaltenen Subjekts entspringt. Mit der verleumdenden, durch nichts erwiesenen Behauptung, einen „Kommunistenputsch“ verübt zu haben, will man den furchtbaren Eindruck des neuesten Blutbades verwischen.

Das Wohnungselend.

In einer Konferenz beteiligter Kreise in Dortmund wurde jüngst festgestellt, daß allein im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet — Großstädte an der Peripherie wie Elberfeld-Barmen, Düsseldorf, Köln, Aachen usw. sind ausdrücklich ausgenommen — rund 200 000 Wohnungen fehlen. Man geht nicht fehl, wenn man den Bedarf fehlender Wohnungen in ganz Deutschland auf rund eine Million schätzt. Diese Wohnungsnot, richtiger ist es schon, von einem Wohnungsstandes zu sprechen, datiert nicht von gestern auf heute, sondern hat ihre Ausläufer in der rückwärtslos, der Allgemeinheit entgegengesetzten kapitalistischen Bodenwucher- und Hausgratierwirtschaft einmal, sodann aber auch in den wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Krieges. Eine Wohnungsnot an sich bestand schon immer auch vor dem Kriege, sie ist durch ihn erst recht in Erscheinung getreten und sie hat noch längst nicht den Höhepunkt ihrer stetig ansteigenden Kurve erreicht. Es ist damit zu rechnen, daß die von dem Wohnungselend in erster Linie betroffenen Proletarierfamilien, deren Ernährer nach vierjähriger Rückkehr aus dem Felde sich in ein Kellerloch oder eine Bodenkammer gezwängt sehen, zur Verzweiflung getrieben werden, wenn ein etwa harter Winter die bisherigen ganz unmöglichen Erbschwimmungen zu einem Aufenthaltsort der Pein macht.

Jetzt rächen sich die Sünden der Bodenwucherer und der Hausbesitzerpolitik. Die Geschicke der Großstädte wurden ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Vorwonnachtsinteresses der Haus- und Grundbesitzer gelenkt. Drahten-erhalten der menschlichen Gesellschaft rafften in unerfährlicher Gier den Boden in den Städten und den noch zu bebauenden um die Städte an sich. Die erbärmliche Spekulation auf mühelosen Gewinn war die Triebfeder für die Grundstücks- und Häuserwucher. Wer je einen Einblick in die Kapitalwirtschaft der Grundstücks- und Häuserpekulanten genommen hat, der wird mit Schauern erlaunt haben, daß hier gefährliche Vampire der menschlichen Gesellschaft an Wurzeln, ebenbürtig den nicht minder an der Allgemeinheit verbrecherisch handelnden Schleichhändlern und Wucherern mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. Es ist keine Ausnahmeerscheinung, daß Häuser, die noch 1912 40- bis 50 000 M. gekostet haben, glücklicherweise auf das Vier- und Fünffache getrieben wurden. Ähnlich ist der Bodenwucher. Ein Grundstück ist Spekulationsobjekt. Ist es erst enorm in die Höhe getrieben, dann beginnt die neue Spekulation: die Ausschöpfung der Wohnungsfonumenten. Nicht nach Zweck, hygienischen Bedürfnissen, geschweige zum Wohl und zur Annehmlichkeit der Bevölkerung, sondern ausschließlich zum Zweck raffinierter kapitalistischer Ausbeutung wurde gebaut. Schon damals ist von sozialistischer Seite immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Grundstücks- und Häuserpekulation zu einer Auspoierung des Proletariats und zu einer beherrschenden Stellung der Wuchererinteressen führen müsse. Auf Kosten der Allgemeinheit verstand es eine kleine rüßrige Gruppe von Finanzgannern, den Staat und die Kommunen zu pressen. Ob der Staat Kanäle oder Eisenbahnen bauen wollte, ob die Kommunen Straßenzüge oder Bauten für gemeinnützige Zwecke ausführen wollten, überall stieß man auf die Grundstückspekulanten, diese Bodenbesitzer, die heute noch verächtlich die Nase über die neue Schiebergunst rümpfen wollen.

Der Einfluß dieser Volksbetrüger war im alten Staat ungeheuer. Er ist heute noch immer nicht gebrochen. So lange der Staat nicht das Interesse der Gesellschaft, sondern, wie es heute der Fall ist, das einer schmarozhenden Clique wahrnimmt, solange ist keine Besserung des elenden Zustandes auch auf dem Gebiet des Wohnwesens zu erhoffen. Nur eine radikale Maßnahme kann helfen: Expropriation des Grund und Bodens, seine Ueberführung in den Besitz der Allgemeinheit, verkörpert durch Staat, Stadt- und Landgemeinden. Ein Narr wartet darauf, daß sich die heutige, den Kapitalisten verschriebene Regierung dazu entschließen würde, den Finger in die offene Wunde zu legen und mit der Expropriation des Grund und Bodens die Hauptursache des heutigen Wohnungselends zu beseitigen.

Der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen hat lähmend auf jede Bautätigkeit wirken müssen. Arbeitskräfte, Baumaterialien waren in den Dienst der Menschheitsvernichtung gestellt. Trotz zwei Millionen gefallener Deutscher, trotz ungeheurer Sterblichkeit der heimgebliebenen Bevölkerung, trotz Rückgang der Geburten ein stetig steigender Wohnungs-